

Haushaltsrede 07. März 2023

des Fraktionsvorsitzenden der UWG Ratsfraktion Knut Kumpmann

Sperrfrist 07.03.2023 Ende der Rede / es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren;

Es gibt wahrlich wenig zu beklatschen, wenn wir auf die letzten Jahre zurückblicken. Während wir uns von der Coronakrise noch nicht erholt haben, ist Europa seit Februar 2022 wieder ein Kriegsschauplatz der für viele Menschen den Tod oder unsägliches Leid bedeutet. Im Kontext dieser Ereignisse wurde eine beispiellose Geldentwertung ausgelöst, die selbst die Inflationsschübe der 70er und 80er Jahre in den Schatten stellt. Die als „Sondervermögen“ bezeichneten Corona-, wirtschafts-, und Militärsubventionen der Bunderegierung erzeugen gewaltige neue Schuldenberge die durch die nächsten Generationen abgetragen werden müssen und nur die Symptome einer politisch aus den Fugen geratenden Welt behandeln.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse fanden die Beratungen für unseren kommunalen Haushalt 2023 statt. Politisch erklärtes Ziel war es in den letzten Jahren, Steuererhöhungen für die Bürger zu vermeiden und handlungsfähig zu bleiben. In Papierform wird dies auch für den Haushalt 2023 gelingen.

Dies darf uns aber nicht über die Tatsache hinwegsehen lassen, dass wir kaum noch über finanzielle Handlungsspielräume verfügen. Unser Eigenkapital ist bis auf etwa 20 % aufgezehrt und der Rahmen für neue Kassenkredite soll auf € 55 Mio. steigen.

In der aktuellen Situation, in der wir weder wirtschaftliche noch Europapolitische Entwicklungen abschätzen können, müssen wir aus Sicht der UWG die Risiken und Investitionen auf das notwendige Maß begrenzen. Ein „weiter wie bisher“ darf es aus unserer Sicht nicht geben. Dabei sollte mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln die vorhandene Infrastruktur unserer Stadt bestmöglich gepflegt und erhalten werden statt neue Großprojekte mit neuen Krediten zu finanzieren. Vor dem Hintergrund des noch laufenden Neubaus des Hallenbades sind aus unserer Sicht daher weitere schuldenfinanzierte Investitionen in Millionenhöhe aktuell nicht vertretbar.

Politische Verantwortung muss über die Dauer einer Legislaturperiode hinausgehen und bedeutet insbesondere zu berücksichtigen, dass bei jeder Baumaßnahme auch die Folgekosten durch Abschreibung und Unterhalt langfristig benannt und eingepreist werden müssen. Diese belasten unseren Haushalt über Jahrzehnte.

Die UWG hat in der Ratssitzung am 13. September des letzten Jahres dem über € 20 Mio. teuren ISEK Konzept Innenstadt Hemer **nicht** zugestimmt. Auch wenn über die Hälfte aus Fördermitteln finanziert werden, bleibt ein beträchtlicher kommunaler Eigenanteil von € 10,2 Mio.. Insbesondere die Vergrößerung und der Umbau der Bücherei mit ca. € 8 Mio. ist aus unserer Sicht gegenwärtig nicht zu vertreten. Wie bereits beim neuen Hallenbad, sind die Förderzuschüsse fix, während wir für unseren Eigenanteil in Höhe von ca. € 5,0 Mio. den wir mit neuen Schulden finanzieren, das volle Risiko von Preis- und Zinssteigerungen übernehmen und ggf. durch Nachfinanzierungen mit neuerlichen Kassenkrediten auffangen müssen.

Auch wenn wir in fast allen Punkten hinter dem Haushaltsentwurf der Verwaltung stehen, können wir der zusätzlichen Belastung unseres Haushaltes mit € 5 Mio. neuen Schulden für eine neue große Baumaßnahme nicht zustimmen. Wir werden den Haushalt in der vorliegenden Form daher heute ablehnen müssen.

Wir möchten unsere Bücherei und das kulturelle und sportliche Angebot in Hemer sichern und dauerhaft erhalten und nicht durch weitere haushaltsbelastende Schulden für aufschiebbare Projekte in Frage stellen müssen. Die Bewahrung der politischen und kommunalen Handlungsfähigkeit kann nur durch einen verantwortungsvollen und begrenzenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln gelingen.

Dazu gehört auch eine Verwaltung die als Dienstleister für den Bürger die erforderlichen personellen Ressourcen zur Verfügung hat. Wir sehen aufgrund der steigenden Herausforderungen z. B. im Bereich Soziales mit stetig steigenden Transferzahlungen, eher personelle Mehr- als Minderbedarfe. Der Kreis preist hier für sich in den eigenen Haushalt bereits Bedarfsstellen ein die wir über die Kreisumlage finanzieren müssen. Auf das Thema Kreisumlage, diesen leidigen Dauerbrenner, möchte ich heute nicht weiter eingehen. Hier muss schnellstmöglich ein Interessenausgleich erzielt werden und die Frage auch in Richtung der Kollegen im Kreistag erlaubt sein, ob wir uns z. B. ein Kreis-klinikum mit einem aktuellen Investitionsstau im dreistelligen Millionenbereich noch leisten können.

Ich komme zurück zu unserem Haushalt, der jedes Jahr von Verwaltung und Politik aufs Neue nach Einsparpotentialen durchforstet wird. Für unseren Vorschlag, Kosteneinsparungen z. B. durch nachtragssichere Ausschreibungen zu erzielen und für die Ausschreibung von Bauleistungen und die Kontrolle der Ausführung bis zur Freigabe der Schlussrechnung wieder

einen technischen Prüfer einzustellen, haben wir leider keine politische Mehrheit bekommen. Wenn wir an dieser Stelle vorhandene Einsparpotentiale realisieren wollen, müssen wir dieses Thema 2023 noch einmal in den Gremien diskutieren. Zusätzlich ins Pflichtenheft geschrieben haben wir uns die Prüfung der Veräusserbarkeit von städtischen Erppachtgrundstücken und eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Hemeraner Stadforstes auf Grundlage der Vergleichswerte des Waldberichtes der Bundesregierung. Dies werden wir heute im Haushaltsbegleitbeschluss beschliessen.

Die Maxime des kommunalpolitischen Handelns ist, Entscheidungen mit langfristiger Perspektive zu treffen und die finanziellen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten. Dabei müssen wir neben den Kosten für die kommunalen Pflichtaufgaben auch noch ausreichende Mittel für freiwillige Leistungen im sportlichen und kulturellen Bereich zur Verfügung haben. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen können wir uns keine Leuchtturmprojekte leisten, wenn wir nicht Bestehendes, Bewährtes und Funktionierendes gefährden wollen.

Wenn wir in den Gremien eine Entscheidung für eine durch neue Schulden zu finanzierende Aufwertung des Bücherei Areals in Höhe von € 5 Mio. schneller treffen als die für eine Hundesteuererhöhung mutet das zumindest für mich befremdlich an. Die UWG hat die Erhöhung der Hundesteuer auch deswegen deutlich kritisiert, weil andere Maßnahmen, wie z. B. der Einsatz eines techn. Prüfers, wesentlich mehr Einsparungen erbringen könnten und nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung bei den Bürgerinnen und Bürgern führen. Dafür ist uns in den Gremien Populismus vorgeworfen worden. Andersherum wird eher ein Schuh daraus: Wir werden diesen Haushalt nicht durch die Erhöhung der Hundesteuer konsolidieren. Wir müssen viel mehr über die Investitionen reden, für die wir neue Millionenkredite aufnehmen und die den Haushalte über Abschreibungen mehrere Jahrzehnte belasten werden.

Auch verkehrlich müssen wir nachhaltig und langfristig die richtigen Weichen für die Zukunft stellen in dem wir uns darüber Gedanken machen, wie wir den bestehenden öffentlichen Verkehrsraum besser aufteilen können. Den Radverkehr privilegieren, sichere Abstellplätze für Fahrräder in der Innenstadt schaffen, die Ortsteile an das Radverkehrsnetz anschließen, den städtischen Parkraum anders bewirtschaften und den KFZ Verkehr im Bereich Hauptstraße begrenzen sind Punkte über die wir diskutieren werden. Das Projekt „Spielstraße auf Zeit“, was 2022 umgesetzt wurde, ist hier ein erfolgreicher Schritt in die richtige Richtung. Wir haben viele Möglichkeiten, aber wir müssen uns heute zum Handeln

entscheiden um eine urbane Innenstadt zu schaffen, in der KFZ-Verkehre hinter den Bedürfnissen von Fußgängern und Radfahrern zurücktreten müssen.

Neue Gewerbeflächen sollten daher vorzugsweise im Nahbereich der Bundesautobahn und Bundesstraße geschaffen werden um keine zusätzlichen Verkehre durch die Innenstadt zu generieren.

Das Ehrenamt hat einen hohen Stellenwert und ist einer der wichtigsten funktionalen Bausteine für unser gutes Gemeinwesen. Der demografische Wandel bietet hier eine gewaltige Perspektive die wir nutzen müssen, indem wir dem Ideen- und Einsatzpotential der noch jungen Alten neue Betätigungsfelder eröffnen.

Die politische Zusammenarbeit funktioniert in Hemer. In den Gremien führen wir sachbezogene Diskussionen und verfolgen gemeinsam mit der Verwaltung das Ziel unsere Stadt gut aufzustellen und zu entwickeln. Das ist keine Selbstverständlichkeit und der Grund dafür warum ich glaube, daß wir auf dem richtigen Weg sind um den großen aktuellen Herausforderungen auf Augenhöhe zu begegnen.

Eine wirkliche Chance werden wir aber nur haben, wenn die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sich ändern, wenn sich zum Beispiel Bund und Land an das Konnexitätsprinzip halten und ein Interessenausgleich auf Kreisebene erzielt wird. Das verpflichtet uns aber zuallererst auf kommunaler Ebene unsere Hausaufgaben zu machen. Eine ernst gemeinte Haushaltskonsolidierung bedeutet den Verzicht auf vermeidbare neue Schulden, die im Kontext der aktuellen Zinssteigerungen teuer bezahlt werden müssen und das Risiko erhöhen, an der Steuerschraube drehen zu müssen oder in die Haushaltssicherung zu geraten. Kommunalpolitik darf sich nicht um sich selbst drehen, sondern muss die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt des Handelns stellen. Transparenz und Ehrlichkeit der politisch Verantwortlichen sind die Voraussetzungen für die Akzeptanz von Entscheidungen. Indem wir dem Haushalt heute nicht zustimmen, entscheiden wir uns gegen neue vermeidbare Schulden und damit für einen verantwortlichen Umgang mit dem Geld unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich bedanke mich bei dem Bürgermeister, dem Kämmerer und allen Mitarbeitern der Verwaltung, die auch in 2022 hervorragende Arbeit geleistet haben. Mein Dank gilt auch den politischen Kolleginnen und Kollegen der Ratsfraktionen für die stets sachorientierte gute Zusammenarbeit. Sie alle tragen dazu bei, dass unser „politisches“ Gemeinwesen in Hemer funktioniert.

Ich freue mich, dass Sie meinen Worten bis hierher gefolgt sind und wünsche uns in allen Belangen das richtige „Händchen“ für die vor uns stehenden Entscheidungen im Hinblick auf eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt.

Vielen Dank!